

Andreas **Brunold** / Bernhard **Ohlmeier**, Augsburg

Zur Lage der Politischen Bildung und Politikdidaktik an den bayerischen Universitäten



Die beiden an der Universität Augsburg arbeitenden Autoren Andreas Brunold (li.) und Bernhard Ohlmeier (re.) haben im Verlaufe der letzten Monate eine grundlegende Untersuchung darüber durchgeführt, wie die Zukunft der Politikdidaktik an den bayerischen Universitäten zu bewerten ist. Als zentraler Befund hat sich dabei zunächst herausgestellt, dass die Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Politikdidaktik in Bayern im Prinzip nicht mehr gewährleistet ist. Dies ergibt sich zum einen aus einem höheren Anspruch an das Fach aufgrund der mittler-



weile gestiegenen gesellschaftspolitischen Anforderungen und Herausforderungen, aus den weitreichenden neuen Aufgaben der Politischen Bildung sowie aus dem veränderten Selbstverständnis der Politikdidaktik als einer eigenständigen normativ-empirischen Wissenschaft. So konnte es nicht ausbleiben, dass schon seit geraumer Zeit ein eklatantes und weit auseinanderklaffendes Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit entstanden ist, welches aus den hochgesteckten rechtlichen Zielvorgaben der Politikdidaktik in Bayern und ihrer höchst defizitären Situation an den bayerischen Universitäten resultiert. Die einzelnen Aspekte der Analyse werden im Folgenden in stark verkürzter Form dargestellt:

Zum gesellschaftspolitischen Kontext sowie zu den weitreichenden Begründungen und Aufgaben der Politischen Bildung gehört, dass in den letzten Jahren im Zuge der fortschreitenden Globalisierung die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, die existentiell in das Leben gegenwärtiger und zukünftiger Generationen eingreifen, enorm angestiegen sind. Die Komplexität der damit verbundenen Problemkonstellationen lässt sich dabei kaum reduzieren. Gerade weil der Einzelne durch die multimediale Informationsflut überfordert erscheint, um das politische Geschehen verstehen und ggf. vernunftgeleitet darauf einwirken zu können, ist die Politische Bildung mehr denn je aufgerufen, den Heranwachsenden eine gesellschaftspolitische Orientierung zu geben sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen beizutragen. Dies muss heutzutage unter schwierigsten gesellschaftlichen Voraussetzungen geleistet werden, zu denen beispielsweise die Auflösung von solidarischen Wertmaßstäben, das „neoliberale Steuerungsregiment“ der Privatisierung öffentlicher Güter und einer anhaltenden Konsumorientierung, Politikdistanz und -verdrossenheit sowie der politische Extremismus gehören. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik wird jedoch nur dann stabil bleiben können, wenn es mit bildungspolitischen Maßnahmen gelingt, die Heranwachsenden – wie in jeder Generation immer wieder neu – für die Demokratie zu gewinnen. Nicht zuletzt lebt der demokratische Rechtsstaat, wie bereits das Münchener Manifest zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung von 1997 feststellte, vom „(...) mündigen Mitdenken und Mitun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren“ (Münchener Manifest 1997, S. 1). Die aufgeklärte Bürger- und Zivilgesellschaft ist dabei weit mehr noch als vor fünfundzwanzig Jahren gefordert, als Stütze der freiheitlichen Demokratie auf allen gesellschaftlichen Handlungsebenen an den politischen Willensbildungs-, Entscheidungs- und Durchsetzungsprozessen zu partizipieren. Wir wissen jedoch aus aller Erfahrung heraus, dass Demokratie-Lernen ohne politische Bildung nicht zu haben ist. Das Motto der DVPB „Demokratie braucht Demokraten – Demokraten brauchen Politische Bildung“ (siehe www.dvpb.de) aber auch die Leitsätze weiterer Verbände und Institutionen der politischen Bildung weisen seit Jahren eindrücklich und mahnend auf diese Sachverhalte hin.

Aus dem Selbstverständnis der Politikdidaktik als normativ-empirisch ausgerichteter Integrationswissenschaft mit einem breiten Forschungs- und Lehrprofil ergibt sich u. a., dass sie eine eigenständige und gleichwertige Domäne im akademischen Fächerverbund der Sozialwissenschaften darstellt. Hierbei stellt die synoptische Strukturierung u. a. der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Themen und Inhalte unter Berücksichtigung der Ziele, der Lehr- und Lernbedingungen sowie der Organisation des Lernprozesses in allen Schularten und auf allen Schulstufen eine zentrale Aufgabe der Politikdidaktik dar. Diese erfordert hohe Qualifikationen, die sowohl in fachwissenschaftlicher als auch in fachdidaktischer und schulpraktischer Hinsicht im Grunde genommen über die eines reinen Fachwissenschaftlers hinausgehen! Vor allem die aufwändige didaktische Durchdringung und Aufbereitung der fachwissenschaftlichen Inhalte wird nach unserer Einschätzung von Seiten der Fachwissenschaften, insbesondere der Politikwissenschaft und der Soziologie, an den Universitäten bislang weitgehend unterschätzt bzw. nicht wahrgenommen. Dazu trägt nicht unwesentlich das Fehlkonzepth bzw. das Vorurteil bei, dass die Politikdidaktik vor allem als eine bloße Methodenkunde zu verstehen sei. Somit trägt diese Fehleinschätzung mit dazu bei, die Disziplin der Politikdidaktik als ungeliebtes Anhängsel der Politikwissenschaft und der Soziologie zu diskreditieren. So bleibt es mitunter nicht aus, dass die Autoren an ihrer eigenen Universität ebensolche Erfahrungen machen. Ein vorwiegend pädagogischer Zugriff auf die politische Bildung, wie er durch den Begriff der „Didaktik der Sozialkunde“ in Regel an den bayerischen Universitäten ausgedrückt wird, beschreibt völlig unzureichend, wenn nicht gar missverständlich die Aufgaben, welche unsere Disziplin hinsichtlich der in den Lehrplänen verankerten sozialwissenschaftlichen Sachverhalte durchdringen muss. So bedurfte es jahrelanger Anstrengungen, an der Universität Augsburg die Professur in die neue Denomination „Politische Bildung und Politikdidaktik“ umzubenennen (vgl. Brunold 2010, S. 32).

Die rechtlichen Zielvorgaben der Politischen Bildung in Bayern ergeben sich u.a. aus der bayerischen Landesverfassung, dem vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst im Jahre 1991 herausgegebenen „Gesamtkonzept für die politische Bildung in der Schule“, dem „Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen“, den im Jahr 2008 von der Kultusministerkonferenz veröffentlichten „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“, den „Inhaltlichen Prüfungsanforderungen in der Lehrerbildung in Bayern (Kerncurricula)“ zum Schulfach Sozialkunde aus dem Jahr 2009 sowie nicht zuletzt aus der von der Kultusministerkonferenz ebenfalls im Jahr 2009 verabschiedeten Erklärung zur „Stärkung der Demokratieerziehung“. In diesen Dokumenten und Rechtsquellen werden umfänglich und wohlbegründet hohe Kompetenzstandards für unser Fach formuliert. Vor dem Hintergrund der weiterhin drohenden hochschulpolitischen Marginalisierung, der die Politikdidaktik an den bayerischen Universitäten seit geraumer Zeit ausgesetzt ist, besteht jedoch nach wie vor ein eklatanter Widerspruch zwischen den amtlicherseits gesetzten Ansprüchen und der gegenwärtigen Praxis der politikdidaktischen Lehrerbildung.

Die Situation der Politischen Bildung bzw. der Politikdidaktik an den Universitäten in Bayern ist mittlerweile so prekär und defizitär, dass von einem alarmierenden Zustand ausgegangen werden muss.

Entgegen den bildungspolitischen Erfordernissen, und dies insbesondere konträr zu der wachsenden Zahl von Lehramtsstudierenden des Schulfaches Sozialkunde, wurde unser Fach in den letzten zwanzig Jahren an fünf von neun bayerischen Universitäten auf die Ebene des akademischen Mittelbaues herabgestuft. Die vormals vorhandenen fünf Lehrstühle und Professuren fielen Sparmaßnahmen zum Opfer und wurden eingezogen. Dementsprechend wird die Politikdidaktik an den Standorten in Bamberg, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg nur noch durch „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“ in der Laufbahn von Akademischen Räten vertreten. Eine Ausnahme bildet die Universität Erlangen-Nürnberg, wo inzwischen der Stelleninhaber zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde. Demzufolge ist die Politikdidaktik in Bayern derzeit nur noch mit zwei Professuren an staatlichen Universitäten, nämlich an der Universität Augsburg und an der Universität Passau, sowie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vertreten. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass nach der derzeitigen Praxis des Stellenabbaus in Bayern mit dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers an der Universität Eichstätt-Ingolstadt im Jahr 2013 die Weiterführung dieses Lehrstuhls keinesfalls als gesichert gelten kann.

Vergleicht man die der Politikdidaktik benachbarten bzw. affinen Fachdidaktiken der Arbeitslehre, der Geographie, der Geschichte sowie insbesondere der Katholischen und Evangelischen Religion in Bayern, wird deutlich, dass unser Fach trotz außerordentlich hoher Studierendenzahlen nur auf sehr geringe personelle und finanzielle Ressourcen zurückgreifen kann. Es hat sich gezeigt, dass das Umstrukturierungskonzept des ehemaligen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst bezüglich des Stellenbestands und des Stellenwerts der Fachdidaktiken aus den 1990er Jahren mit einem eklatanten Qualitätsverlust in der politikdidaktischen Lehrerbildung einhergegangen ist. So ist es insbesondere den völlig ausgelasteten an den bayerischen Universitäten arbeitenden Politikdidaktikern aufgrund von reduzierten Kapazitäten nur noch mit größtem Einsatz möglich, profunde Forschungsprojekte durchzuführen.

Vor allem im Vergleich mit der Lehrerbildung in anderen Bundesländern, insbesondere mit der in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wird die äußerst defizitäre Verankerung, Ausstattung und Wertigkeit der Politikdidaktik an den bayerischen Universitäten deutlich (vgl. Abbildung 1). Dasselbe gilt für die völlig unzureichende Berücksichtigung der politischen Bildung in den Lehrplänen der bayerischen Realschulen und Gymnasien. Im Vergleich dazu hat beispielsweise die politische Bildung in der Sekundarstufe I an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen den siebenfachen Stellenwert bezüglich der Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden im Jahr (vgl. Abbildung 2).

Problematisch auf die Lage der Politikdidaktik an den bayerischen Universitäten hat sich ausgewirkt, dass die zuständigen Staatsministerien im Zuge der Stärkung der universitären Steuerungskompetenzen wichtige hochschulpolitische Entscheidungsbefugnisse, insbesondere die der Personalplanungshoheit, auf die Universitäten verlagert haben. Die dadurch hervorgerufene geschwächte Position der Fachdidaktiken gegenüber den hierdurch gestärkten Fachwissenschaften lässt sich – wie bereits dargelegt – verstärkt u.a. an der fehlenden Wahrnehmung und Wertschätzung der fachdidaktischen Lehrerbildung auf Seiten der Fakultäten und Institute ablesen. Im Zuge des Bologna-Prozesses sind diese Organisationseinheiten in erster Linie daran interessiert, fachwissenschaftliche Forschungsprofile bzw. „Leuchttürme“ zu etablieren, innerhalb

Abbildung 1: Professuren für Politikdidaktik nach Bundesländern (Stand Wintersemester 2012/13)

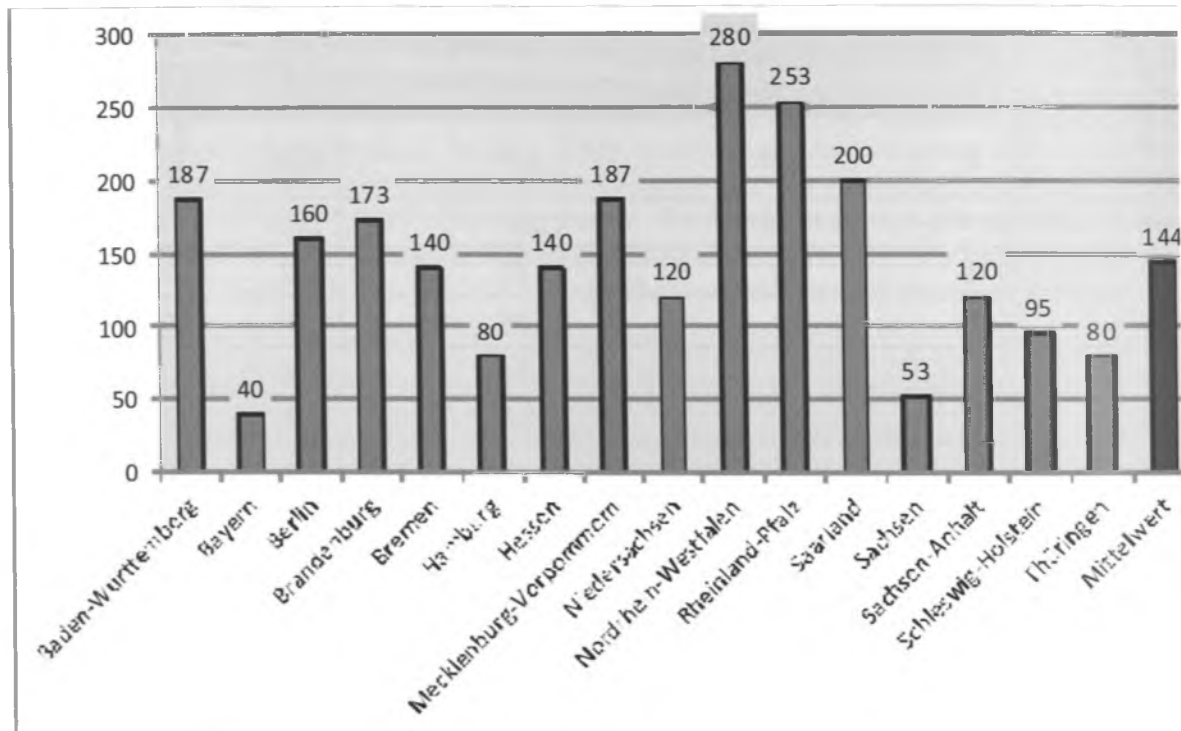
Bundesland	Anzahl der Professuren	Anzahl der lehrerbildenden Universitäten/ Pädagogische Hochschulen	Relation lehrerbildende Universitäten/ Professuren	Einwohner- zahl in Mio.	Relation Professur/ Einwohner in Mio.
Baden-Württemberg	6 ¹	15	2,50	10,81	1,80
Bayern	3 ²	10	3,33	12,61	4,20
Berlin	2	3	1,50	3,52	1,76
Brandenburg	1	1	1,00	2,49	2,49
Bremen	1	1	1,00	0,55	0,55
Hamburg	1	2	2,00	1,80	1,80
Hessen	4	5	1,25	6,01	1,53
Mecklenburg-Vorpommern	-	2	-	1,63	-
Niedersachsen	5	8	1,60	7,91	1,58
Nordrhein-Westfalen	7	9	1,29	17,84	2,55
Rheinland-Pfalz	1	4	4,00	4,00	4,00
Saarland	-	1	-	1,01	-
Sachsen	1	2	2,00	4,13	4,13
Sachsen-Anhalt	1	2	2,00	2,30	2,30
Schleswig-Holstein	2	2	1,00	2,84	1,42
Thüringen	2	3	1,5	2,22	1,11

derer die Lehramtsstudierenden letztlich nur eine nachgeordnete Rolle spielen, obwohl gerade ihre hohe Zahl in den historischen, philosophischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten die Basis für die Existenz der fachwissenschaftlichen Lehrinhalte darstellen. Angesichts der überbordenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen ist es jedoch völlig unverständlich, wenn neu geschaffenen BA- und MA-Studiengängen mittlerweile eine höhere Wertigkeit als der Lehrerbildung beigemessen wird. Nicht zuletzt erfordert diese nach wie vor ein höchst anspruchsvolles Staatsexamen, welches die angehenden Lehrkräfte auf eine lebenslange fachlich und pädagogisch höchst verantwortungsvolle Tätigkeit an den Schulen vorbereiten muss.

Es ist nun die Frage zu stellen, wie die universitäre Infrastruktur beschaffen sein muss, um es der Politikdidaktik zu ermöglichen, den erheblich gestiegenen inhaltlichen Anforderungen in Forschung und Lehre hinreichend Rechnung zu tragen. Unsererseits ließen sich hierfür die folgenden Maßnahmen wie folgt begründen:

- Vor dem Hintergrund einer zunehmend gewünschten Internationalisierung der Lehrerbildung wäre es äußerst gewinnbringend, wenn die Politikdidaktik von Seiten der Universitätsleitungen, den Fakultäten bzw. den Instituten in die Ausbauplanung und den Hochschulpakt aufgenommen sowie stärker bei der Akquirierung von Drittmitteln auf der Basis von Kooperations- und Forschungsprogrammen berücksichtigt werden würde.

Abbildung 2: Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden der politischen Bildung während des Gymnasialbesuchs der 5. bis 10. Jahrgangsstufe (Soll-Werte)



(Kalina/Konrad Adenauer Stiftung 2010, S. 25)

- Um die personelle und finanzielle Ausstattung der Politikdidaktik gegenüber den Fachwissenschaften zu stärken, müssten zum einen die vorhandenen Professuren auf das W3-Niveau angehoben werden und zum anderen ebensolche Professuren an anderen bayerischen Universitätsstandorten geschaffen werden.
- Um die Abordnung von Lehrkräften aus allen Schularten zu erleichtern und an sämtlichen Universitätsstandorten den wissenschaftlichen Nachwuchs auch aus der Lehrerschaft heraus rekrutieren zu können, müssten zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Neben einer verbesserten Theorie-Praxis-Verzahnung ließen sich dadurch auch Projekte zur Lehr/Lern-Forschung stärker generieren, so dass dadurch die Weiterentwicklung der Lehrerbildung qualitativ verbessert werden könnte.
- Als flankierende Maßnahme für eine stärkere Unabhängigkeit der Fachdidaktiken an den bayerischen Universitäten sollte in Erwägung gezogen werden, hierfür eigene Fakultäten bzw. Departements ausschließlich zur Lehrerbildung zu gründen. Überlegungen in dieser Hinsicht scheinen ebenfalls Vorstellungen des Kultusministeriums zu entsprechen (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2011, S. 2).
- Wie der Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt, ist der Stellenwert des Schulfaches Sozialkunde in Bayern außerordentlich gering. Daraus lässt sich die Empfehlung ableiten, dass der Politikunterricht an der Realschule sowie am Gymnasium mindestens bereits ab der 8. Jahrgangsstufe beginnen sollte.

Literatur

- ◆ Brunold, Andreas 2010: „Sind Namen Schall und Rauch? – Zur Frage der Fachbezeichnung der Politikdidaktik in Bayern“. In: Polis 3/2010
- ◆ Kalina, Ondrej/Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.) 2010: Erfolgreich.Politisch.Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland, Sankt Augustin/Berlin
- ◆ Münchner Manifest vom 26. Mai 1997: „Demokratie braucht politische Bildung“. Zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung, - online unter: http://www.lpb-bw.de/muenchner_manifest.pdf (01.11.2012)
- ◆ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2011: Statement von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle beim Pressegespräch zur Lehrerbildung am 7. Juli 2011 in München
- ◆ www.dvpb.de (Webseite der DVPB, 01.11.2012)

(Anm. d. Red.: Prof. Dr. Andreas Brunold studierte nach der Ausbildung zum Industriekaufmann von 1980 bis 1987 Germanistik, Sportwissenschaft, Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Mannheim, Montpellier und Stuttgart. Nach der Lehrtätigkeit an beruflichen Schulen und Gymnasien, an der PH Ludwigsburg - Habilitation 2002 - und an den Universitäten Flensburg, Stuttgart und San Carlos de Guatemala hat er seit 2005 die Professur für Politische Bildung und Politikdidaktik an der Universität Augsburg inne. Dr. Bernhard Ohlmeier ist nach dem Studium der Sozialwissenschaften und zwölf Jahren Schuldienst seit 2008 Akademischer Rat am Lehrstuhl für Politische Bildung und Politikdidaktik an der Universität Augsburg.)

* * * * *